

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 282-293. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstage 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2308-2307.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Amnestie in Preußen.

Die preußische Vorlage fertiggestellt.

Wie wir hören, hat das Preussische Justizministerium die Amnestievorlage für Preußen fertiggestellt, nachdem die endgültige Gestalt der Reichsamnestie feststeht. Das Preussische Staatsministerium wird sich noch in dieser Woche mit der Vorlage beschäftigen und sie verabschieden.

Da der preussische Landtag erst im September wieder zusammenzutreten wird, erwägt man, die preussische Amnestie im Wege der Notverordnung in Kraft zu setzen, da es nicht wünschenswert ist, daß die preussische Amnestie, angesichts der vielen gleichartigen Delikte, die sie umfaßt, erheblich später als die Reichsamnestie Gesetzeskraft erlangt.

Was den Inhalt der preussischen Vorlage betrifft, so umfaßt sie alle der Reichsamnestie verwandten politischen Vergehen, politische Verfehlungen, die ausschließlich der Justizhoheit der Länder unterliegen, und schließlich alle Delikte, deren Ursprung auf politische Gründe zurückzuführen ist. Soweit nicht politische Straftaten in Frage kommen, werden nur Notdelikte amnestiert, dagegen werden Gesetzesverletzungen aus der Inflationszeit nicht unter die allgemeine Amnestie gebracht, da auf diesem Gebiete der Weg der Einzelbegnadigungen in großzügigster Weise beschritten ist. So sind im Vorjahre circa 10 000 Begnadigungen erfolgt, die Inflationsdelikte betreffen. Es ist natürlich möglich, daß das Staatsministerium, soweit rein kriminelle Straftaten in Frage kommen, eine Ausdehnung der Amnestie beschließt.

Die Amnestievorlage im Reichstag.

Erste Lesung im Ausschuss.

Der Rechtsausschuss des Reichstages beendete heute morgen die erste Lesung der Amnestievorlage. Er unterhielt sich eingehend über den Termin des Inkrafttretens des Amnestiegesetzes und hörte dazu eine Erklärung der Reichsregierung, in der es u. a. heißt: Die Reichsregierung hat die Fassung gewählt, daß das Gesetz

an dem Tage nach der Verkündung in Kraft treten soll. Reichsjustizminister Dr. Frenken ergänzte die Darlegungen des Ministerpräsidenten, indem er erklärte, es solle durch die Fassung der Regierung das erreicht werden, daß in allen strafbegründenden Fällen die Entlassung des Amnestierten aus der Strafkraft sofort erfolgt.

Mit 9 gegen 5 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten und Kommunisten stimmte der Ausschuss folgender Entschließung des Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) zu: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Länderregierungen einzuwirken, daß auch in den Ländern alsbald eine Amnestie im Mindestumfang der gegenwärtigen Reichsamnestie in die Wege geleitet und dabei Rücksicht genommen werde auf Amnestierung oder Einzelbegnadigung der nachweisbar allein oder überwiegend aus wirtschaftlicher Not begangenen Straftaten, insbesondere auch der Zuwiderhandlungen gegen Strafvorschriften, die sich auf Inflationsvorgänge bezogen, z. B. Preisstrebereverordnung, Verordnung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel, Verordnung über äußere Kennzeichnung von Waren, Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und andere.

Gegen diese Entschließung stimmten die Vertreter der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Die zweite Lesung der Amnestievorlage vertagte der Ausschuss auf Donnerstag.

Amnestievorlage für Disziplinarvergehen.

Im Rechtsausschuss des Reichstages gelangte heute ein Antrag Dr. Rosenfeld zur Beratung, durch den die Reichsregierung um schnelle Vorlegung eines Gesetzesentwurfes über die Amnestierung von Disziplinarvergehen der Reichsbeamten ersucht wurde. Reichsjustizminister Frenken gab die Erklärung ab, daß im Reichsministerium des Innern die Frage eines Amnestiegesetzes bezüglich der Disziplinarvergehen „bereits erwohnen“ wäre. Nur der Abgeordnete Pfleger (Bayr. Sp.) widersprach dem sozialdemokratischen Antrag, der dann mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Arbeiter und Weinbauern.

Rechtsparteien gegen Arbeiter, für die Weinbauern.

Die gegenwärtige Reichsregierung und die hinter ihr stehenden Parteien bestreiten auf das entschiedenste, daß sie eine Regierung gegen die Arbeiter seien. Der Ausschluß der Sozialdemokratie von jeder Mitwirkung bedeute keine Gegnerschaft gegen die von ihr vertretenen Volksmassen. Und doch ist die jetzige Regierung die Regierung gegen die Arbeiter. Den Beweis dafür liefern die Regierungsparteien jetzt täglich bei den Steuerberatungen. Der beste Beweis aber ist ihr Verhalten gegenüber den Tabak- und Brauereiarbeitern einerseits und den Weinbauern andererseits.

Die Erhöhung der Tabak- und der Biersteuer wird ohne Zweifel zu einer schweren Schädigung der Gewerbe führen. Arbeitslosigkeit wird in verstärktem Maße einsetzen. Als im Jahre 1909 die Tabaksteuer eingeführt wurde, anerkannte man, daß Arbeitslosigkeit, die infolge dieses Gesetzes hervorgerufen werde, durch Reichsentschädigung gemildert werden müsse. Auch bei den späteren Erhöhungen der Tabaksteuer wurde dieser Grundsatz aufrechterhalten. Bei der jetzigen Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer aber weigerte sich die Regierung, die durch ihre Maßnahmen geschädigten Arbeiter und Angestellten der beteiligten Gewerbe zu unterstützen. Obwohl die Gefahr besteht, daß viele Tausende von Tabakarbeitern, die für andere Berufsarbeit überhaupt nicht in Frage kommen, aus ihrer wohlverdienten Erwerbsarbeit herausgeschleudert würden, sollten sie ihrem Schicksal überlassen bleiben und, soweit sie keinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben, ohne alle Existenzmittel bleiben.

In den Beratungen des Steuerausschusses ist es den Anstrengungen der Sozialdemokratie gelungen, der Regierung eine Niederlage beizubringen. Mit Hilfe einiger Arbeiterabgeordneter aus den Regierungsparteien gelang es durchzusetzen, daß die Tabakarbeiter, die infolge des Tabaksteuergesetzes in den nächsten drei Jahren arbeitslos werden, Anspruch auf Unterstützung aus der Reichskasse haben. Diese Unterstützung darf nicht weniger betragen als drei Viertel des entgangenen Arbeitsverdienstes.

Der Widerstand der Reichsregierung gegen diese Bestimmung hat zur Folge gehabt, daß die Arbeiterabgeordneten, die im Ausschuss für den sozialdemokratischen Antrag stimmten, umgefallen sind. Sie haben dem Plenum des Reichstages einen Antrag unterbreitet, der zwar den Anspruch von arbeitslosen Tabakarbeitern auf Erwerbslosenunterstützung bis ein Jahr anerkennt, auch das Recht auf Kurzarbeiterunterstützung vorsieht, doch aber im ganzen wesentlich weniger weit geht als der sozialdemokratische Antrag, der mit ihrer Hilfe angenommen wurde. Immerhin ist auf diese Weise wenigstens eine larme Existenz der noleidenden Tabakarbeiter gesichert und mehr erreicht, als die Reichsregierung ursprünglich zugestehen wollte.

Wenn man diesen Antrag dennoch als eine unerhörte Sonderbehandlung der Arbeiter und Angestellten belächeln muß, so deshalb, weil die Regierungsparteien und die Reichsregierung gegenüber den Weinbauern außerordentlich starkes Maß von Entgegenkommen zeigen. Die Tabak- und Brauereiarbeiter, die durch die Erhöhung der Steuern arbeitslos werden, sind die direkten Opfer einer verheerenden Gesetzgebung. Bei den Weinbauern kann man das nicht behaupten. Selbst wenn man zugibt, daß ihre Wirtschaftslage gegenwärtig ungünstig ist, so ist das doch nur die Wirkung der allgemeinen Abwärtsentwicklung als Folge der mangelnden Kaufkraft der Bevölkerung. Das ist um so mehr der Fall, als der spanische Handelsvertrag, der auf Betreiben der Deutschnationalen inzwischen gekündigt worden ist, nicht als Ursache der schlechten Lage der Weinbauern angesehen werden kann.

Den Tabakarbeitern verweigert die Regierung die Unterstützung entsprechend ihrem entgangenen Arbeitsverdienst. Der Gesamtbetrag, der für eine Unterstützung in Höhe von etwa fünf Sechsteln des bisherigen Verdienstes in Frage käme, würde sich pro Jahr auf etwa 10 bis 12 Millionen Mark belaufen. Angeblieh kann das Reich diese Summe nicht entbehren.

Was aber geschieht bei den Weinbauern? Um ihre Lage zu bessern, sieht die Regierung zwei Maßnahmen vor. Erstens die Herabsetzung der Weinsteuer für die nächsten zwei Jahre um 25 Proz. Und zweitens die Verwendung eines Drittels des Ertrags der Weinsteuer zur Behebung der Not der Winzer. Da die Weinsteuer nach den bisherigen Schätzungen 100 Millionen Mark jährlich erbringt, so bedeutet die Ermäßigung um ein Viertel einen Ausfall von 25 Millionen jährlich. Wenn von den restlichen 75 Millionen ein Drittel für die Winzer an Unterstüßungen gezahlt wird, so sind das ebenfalls 25 Millionen, insgesamt also 50 Millionen Mark jährlich, die aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt werden müssen. Da die Unterstüßungsaktion auf zwei Jahre berechnet ist, so stellt die Regierung also den gewaltigen Betrag von 100 Millionen Mark allein für die Winzer zur Verfügung.

Es ist ein doppeltes Unrecht, das hier verübt wird. Einmal dadurch, daß die Tabak- und Brauereiarbeiter, denen die Existenz gänzlich geraubt wird, auf die larme Erwerbslosenunterstützung angewiesen werden, während die Winzer auf hohe Unterstüßungen Anspruch erhalten, obwohl sie ihre Existenz nicht verloren haben und lediglich einzelne indirekt durch die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse geschädigt werden. Das Unrecht besteht aber auch in der Höhe der

Hilfe für die Vertriebenen.

Gebt die Schlösser und Gutshäuser frei!

Das tatkräftige Eingreifen des preussischen Innenministers, Genossen Severing, in Schneidemühl hat dazu geführt, daß die Zustände im Vertriebenenlager rasch verbessert worden sind. 5000 Vertriebene sind bereits beruflich untergebracht.

Die deutschnationale und böllische Presse setzt trotzdem ihre Angriffe gegen Severing fort. Es handelt sich für sie nicht darum, den Vertriebenen zu helfen, sondern sie und ihr Geschick politisch zu mißbrauchen. Beweis dafür ist das Treiben der Böllischen, die im Lager Schneidemühl nicht ein Objekt der Fürsorge und der Hilfe, sondern eine Stätte der Propaganda sehen. Weiterer Beweis die verlogenen Berichte der „Deutschen Zeitung“, nach denen in Schneidemühl große Erregung herrscht — nicht wegen mangelnder Fürsorge, sondern — „weil die Regierung noch keine Bergeltungsmassregeln gegen Polen durchgeführt hat“ und weil die Vertriebenen „die schwarzweiße Fahne wieder haben wollen“. Die ausgesprochen deutschnationale Presse kritisiert das tatkräftige Eingreifen Severings — das ist ihr nun auch wieder nicht recht. Sie beruft sich auf die „Times“ als Schwurzeugen, daß die preussische Regierung schuld sei. Die Sache ist zu deutlich.

Ueber die politische Frage, die Verantwortung der Reichsregierung und ihrer Organe wird noch zu reden sein. Zunächst gilt es zu helfen. Es muß Wohnung beschafft werden. In den Herrenhäusern und Gutshöfen in Westpreußen ist reichlich Platz. Es muß verlangt werden, daß die Vertriebenen, die nicht sofort in anderen Bezirken in Wohnung und Beruf untergebracht werden können, dort einquartiert werden — nicht in Ställen und Scheunen, sondern in Wohnräumen. Hier kann nationale Solidarität und menschliche Hilfsbereitschaft durch die Tat bewiesen werden. Die Herrschaften, deren Parteizeitungen in Berlin so bewegte Klage über das Flüchtlingselend in Schneidemühl führen, werden sich doch nicht etwa dagegen sträuben? Oder ist das Geschrei darauf zurückzuführen, daß sie fürchten, zur Hilfeleistung herangezogen zu werden? Mit Geschrei und politischem Mißbrauch ist den Vertriebenen nicht geholfen. Wie steht's mit der Hilfe? Wir hoffen, daß Genosse Severing bei der notwendig werdenden Wohnungsbeschaffung in erster Linie die Herrenhäuser berücksichtigt.

Regierungskrise in Bulgarien.

Zankow vor dem Rücktritt? — Ein Manifest der Sozialdemokratie.

Sofia, 4. August. (CP.) In politischen Kreisen erhält sich das Gerücht über eine bevorstehende Umbildung des Kabinetts Zankow. Ueber den Umfang und die Art der Umbildung sind die Meinungen geteilt. Ein Teil der Regierungsmehrheit befürwortet nur das Ausscheiden einzelner Mitglieder des Kabinetts und deren Ersetzung durch Abgeordnete der Regierungsparteien. Andere Politiker der Regierungsparteien drängen auf den Rücktritt Zankows, der durch den Führer der parlamentarischen Gruppe der Demokraten, Papišchew, ersetzt werden soll. In Oppositionskreisen erklärt man einen eventuellen Regierungswechsel für unerlässlich und fordert ein Kabinett unter der Führung des Demokraten Masinoff und unter Teilnahme gemäßigter Agrarier. Die gemäßigten Kreise der Opposition würden sich aber in Anbetracht der Schwierigkeiten eines

durchgreifenden Kurswechsels im gegenwärtigen Augenblick auch mit einem Kabinett Papišchew begnügen, dessen Aufgabe es wäre, eine Politik der Versöhnung in Bulgarien einzuleiten. Es lautet, daß die Kandidatur Papišchews vom König unterstützt wird.

Die Meldung über die geplante Umbildung der bulgarischen Regierung kommt nicht unerwartet. Schon seit Monaten ist die Stellung des Kabinetts Zankow unhaltbar. Das bulgarische Volk steht in zwei sich heftig bekämpfende Teile getrennt, einander gegenüber. Auf der einen Seite unterirdische „Verschwörungen“ und politische Banden, auf der anderen Seite die brutale Ausübung der Staatsgewalt durch den Galgen und den legalisierten politischen Mord. Unter dem Regime Zankow hat sich eine Atmosphäre in Bulgarien gebildet, die zu den schwersten politischen Erschütterungen zu führen droht. In dieser Situation hat das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Partei sich mit einem Manifest an das Volk gewandt, das eine heftige Anklage gegen das Regime Zankows darstellt. Es schließt mit folgenden Worten:

Arbeiter, Bauern und Gewerbetreibende! Wenn Ihr unseren Mahnungsruf gehört habt, dann habt Ihr die Pflicht, zur Rettung unseres Landes zusammenzustehen und der Stimme der politischen Vernunft Gehör zu verschaffen! Wenn das bisherige Regime mit seiner Bergewaltigung breiter Massen des schaffenden Volkes weiterhin die innerpolitische Atmosphäre vergiftet, so wird in unserem Lande in kurzen wieder der Schrecken herrschen und Blut fließen. Die heutige Regierung hat trotz ihrer zwei Jahre andauernden Experimente uns keinen Frieden gebracht. Die Teuerung dauert an, der Staat kann sich nicht erholen. Es ist sogar gefährlich auszusprechen, wie sehr die Regierung unserem Land zur Last geworden ist und wie sehr sie abgewirtschaftet hat. Das Parlament befaßt sich mit Kleinigkeiten und fürchtet sich davor, die großen schweren Aufgaben des Landes zur Beratung zu stellen. Alle unsere Vorstöße im Parlament werden vereitelt. Die Regierung muß zurücktreten und wird zurücktreten. Damit hört jedoch die Krise unseres Landes nicht auf. Sie wird erst gelöst, wenn eine höhere Kraft sie meistert, das schaffende Volk, das Proletariat. Die Rettung Bulgariens kann nur kommen auf dem Wege der Demokratie, des sozialen Ausgleichs und des europäischen Friedens. Entfallen wir die Fahne des Sozialismus als die Hoffnung der Armen und Schwachen und auch der kleinen und gequälten Völker, dann wird uns das Werk gelingen!

Dieser Appell der Sozialdemokratie an das Volk ist von der Regierung Zankow mit brutalen Unterdrückungsmaßnahmen beantwortet worden. Das Zentralorgan der Partei „Parod“ und das sozialistische Tagesblatt „Epocha“, die das Manifest veröffentlichten, wurden von der Regierung konfisziert. Die für die Provinz bestimmten Sendungen wurden ebenfalls von der Post beschlagnahmt und mußten nach einem vergeblichen Versuch des Zentralkomitees und der Parteiorganisationen in der Provinz durch Sozialer Arbeiter und Bürger auf illegalem Wege verbreitet werden. Diese Unterdrückungsmaßnahmen werden indes die anschwellende Unzufriedenheit gegen die Diktatur der Zankow-Clique, die im Lande völlig isoliert ist, nicht aufzuhalten vermögen. Wir begrüßen es, daß unsere bulgarischen Genossen, die unter unbeschreiblich schweren Bedingungen unablässig den Kampf gegen den Terror von rechts und links geführt haben, sich an die Spitze dieser Bewegung gestellt haben. Die Sympathie der Arbeiterparteien aller Länder ist auf Seiten der bulgarischen Sozialdemokratie.

Unterstützungen. Der einzelne Tabak- oder Brauereiarbeiter wird höchstens sozial Markt bekommen, wie die Winzer hunderte von Mark. Und während die Regierung die zwölf Millionen jährlich für die Tabakarbeiter verweigert, gibt sie den Winzern freiwillig jährlich 50 Millionen Mark.

So zeigt dieses einzelne Beispiel aus der umfangreichen Steuererhebung, wie der Rechtsblock nicht entscheidet nach sachlichen oder sozialen Erwägungen. Für seine Handlungen ist entscheidend die Rücksicht auf den Besitz und die Mißachtung der wichtigen allgemeinen Volksinteressen und der sozialen Interessen der Arbeiterklasse.

Der Zwischenfall von vorgestern.

Höllein-Jadach.

Die „Rote Fahne“ unternimmt einen neuen krampfhaften Versuch, aus den Vorgängen der Sonnabend-Sitzung des Reichstages für ihre Sache Kapital zu schlagen. Auf ihn einzugehen, veranlaßt uns nur der Umstand, daß hierbei auch versucht wird, die sogenannten „linken“ Sozialdemokraten gegen die „rechten“ auszuspielen. Dem ganzen Versteht liegt weiter nichts als folgende Tatsache zugrunde:

Als am Sonnabend über den Antrag abgestimmt wurde, die im Kabinettsrat getroffene Vereinbarung entgegen dem kommunistischen Einspruch aufrechtzuerhalten, verstand in der allgemeinen Verwirrung der größte Teil der Fraktion die Abstimmung nicht und blieb sitzen. Als dann später die Polizeibeamten in Zivil den Saal betraten, beschwerten sich auch einige sozialdemokratische Abgeordnete über das jugendliche Aussehen dieser Beamten. Wenn die „Rote Fahne“ aus diesen nicht sehr aufregenden Tatsachen sehr kühne und weitgehende Schlüsse zieht, so ist das ihr Privatvergnügen. Sie wird sich aber sehr leicht davon überzeugen müssen, daß mit solchen Kunststücken kein Geschäft zu machen ist. Wundern werden sich die Leser der „Roten Fahne“ jedenfalls darüber, daß die sogenannten „linken“ Sozialdemokraten, die immer bisher als die allererschlimmsten Kommunistenfeinde und Arbeiterverräter aufgemacht wurden, jetzt plötzlich als die besseren Menschen unter den Sozialdemokraten in Erscheinung treten.

Was die „Rote Fahne“ von einem Bündnis der Sozialdemokratie mit den Zollwuchern und Steuerreaktionären erzählt, ist zu albern, um auch nur ein Wort der Widerlegung zu verdienen. Die Arbeiter sind politisch genügend unterrichtet, um zwischen dem sachlichen Kampf der Sozialdemokraten und der leeren Standsmacherei, wie sie die Kommunisten treiben, aus eigenem Urteil unterscheiden zu können.

Im Reichstag erkrankt.

Genosse Dr. Eduard David wurde heute vormittag während der Sitzung der Reichstagsfraktion von einem heftigen Unwohlsein befallen, das vermutlich mit seinem alten Magenleiden in Verbindung steht. Der Erkrankte mußte ins Krankenzimmer des Reichstags gebracht werden, wo ihm Genosse Dr. Moses die erste ärztliche Hilfe leistete.

Auf dem Wege zur Rechtspartei?

Zentrumsstimmen zum Ministerhandel.

Köln, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Zu unserer Meldung, daß die Frage der Befragung des Ministeriums für die besetzten Gebiete durch Aufnahme des Abg. Guérard in die Regierung gelöst werden soll, macht die „Kölnische Volkszeitung“ in ihrer Dienstag-Morgenausgabe folgende interessante Mitteilungen: „Soweit wir unterrichtet sind, hat sich die Fraktion mit dieser Frage, da sie augenscheinlich noch nicht so weit gediehen ist, überhaupt noch nicht beschäftigt. Auf jeden Fall müßte, wenn eine solche Entscheidung getroffen werden sollte, die Fraktion ein Wort mireden. Es handelt sich hier nicht nur um die einfache Frage der Befragung eines Ministeriums, sondern um

eine eminent politische Frage, denn nach den bisherigen Verlautbarungen der Zentrumsfraktion ist diese immer noch nicht fest an das Kabinett Luther gebunden, was aber, wenn die Zentrumsfraktion außer ihren beiden Verbindungsmännern noch ein Mitglied in das Kabinett entsenden würde, nicht mehr der Fall sein dürfte. Schon heute wird auf die letztere Möglichkeit hingewiesen. Ehe also die Uebernahme eines Ministeriums durch ein Mitglied der Zentrumsfraktion erfolgen könnte, wäre nicht nur die Zustimmung der Fraktion notwendig, sondern unseres Erachtens auch eine erneute Erklärung über die Haltung der Fraktion dem Kabinett Luther gegenüber. Wenn die hinter der Regierung stehenden Parteien zurzeit auch sachlich zusammen arbeiten, und die Steuererträge der Regierung mit ihren eigenen (also der Fraktionen) Vorschlägen zur Verabschiedung bringen, so möchten wir doch bezweifeln, ob sich aus dieser Art der sachlichen Zusammenarbeit schließlich eine feste Bindung ergeben könnte.“

Aus diesen Äußerungen der „Kölnischen Volkszeitung“ ist zu schließen, daß man in einflussreichen Kreisen des Zentrums nicht besonders davon erbaud ist, sich durch die Uebernahme eines weiteren Ministerpostens der Regierung Luther mit Haut und Haaren zu verschreiben.

Bang wird bange.

Ein „erstunkenes und erlogenes“ Dementi.

Aus Seebad Spieleroog sendet Oberfinanzrat Bang der „Deutschen Zeitung“ eine Zuschrift, in der er unsere Angaben über seine Beteiligung am Kuhnmann-Knohl-Standal für „erstunken und erlogen“ erklärt. Herr Bang leitet in seinem völkischen Sommerdorado offenbar keine Zeitungen. Sonst hätte selbst er nicht gewagt, mit so eiserner Stirn zu dementieren. Schrieb doch bereits am Donnerstag, den 30. Juli, das Herrn Bang sicher nicht fernstehende, völkische „Deutsche Tageblatt“ zu den Enthüllungen des „Vorwärts“ folgendes:

Uns ist wohl bekannt, mit welcher raffinierten Methoden sich die einzelnen Spigeln an nationale Persönlichkeiten herangemacht haben... So drängt sich der Verwandlungskünstler Knohl-Dr. Kluge-Kaufing an Oberfinanzrat Dr. Bang heran, um sich mit seiner Verbindung zu diesem schon mehrfach gegen seinen Willen in die Politik hineingezogenen Mann zu brüsten, von dem er sogar wahrheitswidrig erzählt, daß er für den Enthüllungsfeldzug Geld gegeben habe. Rechtzeitig gemerkt, hat Dr. Bang jegliche weitere Berührung mit diesem Element strengstens gemieden.

Hier wird eine, wenigstens zeitweilige, Verbindung Knohl-Bang zugegeben. Daß Kluge-Knohl, den der Staatsanwalts-assessor Kuhnmann als seinen Intimus und Duzfreund bezeichnet, dabei als übler Spigeln abgemalt wird, versteht der Sache besonderen Humor. Aber wie ist es mit dem „strengstens gemieden“? Herr Oberfinanzrat Bang schreibt in seinem Dementi:

Auch die Behauptung, daß ich „Briefe gewechselt“ hätte mit einem Nachrichtenbüro, Berlin W. 35, Bülowstr. 60, ist erlogen.

Herr Bang, als teutschvölkischer Mann, hält sich natürlich strengstens an die Wahrheit. Nur aus reiner Bergeßlichkeit sind ihm dabei Briefe wie die folgenden entgangen:

Dr. Kluge
Berlin W. 35, Bülowstr. 60
b. von Beaulieu
Tel. Rollendorf 6662
Berlin, den 5. Mai 1925.
Sr. Hochwohlgeborenen Herrn Oberfinanzrat Dr. Bang,
Berlin-Neutempelhof, Hohenzollerndorfer 3.

Sehr verehrter Herr Oberfinanzrat!
In der Anlage überende ich Ihnen abschriftlich ein heute der „Deutschen Zeitung“ zugegangenes Schreiben nebst Anlage und wäre Ihnen dankbar, wenn auch Sie dort meinen Wunsch unterstreichen wollten. Wenn ich auch aus den allerneuesten Erfahrungen gesehen habe, daß die von mir bedienten Zeitungen teilweise sogar aus eigenem Antrieb auseinander reagieren, so ist mir doch in diesem ganz überaus wichtigen Fall damit gebietet, daß keine Zeitung ver sagt.

Mit deutschem Gruß, Ihr sehr ergebener
2 Anlagen.
gez. Kluge.

Dr. Kluge
Berlin W. 35, Bülowstr. 60
b. von Beaulieu
Tel. Rollendorf 6662
Berlin, den 16. Mai 1925.
Sr. Hochwohlgeborenen Herrn Oberfinanzrat Dr. Bang,
Berlin-Neutempelhof, Hohenzollerndorfer 3.

Sehr verehrter Herr Oberfinanzrat!
In der Anlage überende ich Ihnen unter Bezugnahme auf das heute mit Ihnen geführte Telefongespräch einen gestern von mir an die Telegraphen-Union und Deutschen Pressedienst herausgegebenen Artikel zur gefl. Kenntnisnahme.

Mit deutschem Gruß, Ihr sehr ergebener
1 Anlage.
gez. Kluge.

Aber wir wollen dem verzeihen Oberfinanzrat noch weiter helfen. Wir berichteten bereits von den heftigen Kämpfen, die zwischen verschiedenen deutschnationalen Stellen um den Besitz eines gewissen Aktienmaterials bet. Deutsche Werte, getobt haben, wobei es zu sehr ersten Kollisionen zwischen Kuhnmann und Dr. Weiß einerseits, Kauter, Kranz und Breithaupt andererseits kam. Wir teilten mit, daß damals ein der „Deutschen Zeitung“ nahestehender Herr vermittelnd in diesen Streit eingriff und die Herren beschwor, sich doch zu einigen. Wir wollen heute ergänzen, daß dieser Herr kein anderer war als — Herr Oberfinanzrat Bang. Und falls Herr Bang auch das für „erstunken und erlogen“ erklären will, so stehen wir ihm mit Zeugen und weiterem Material gern zur Verfügung.

Briand geht nach London.

Die französische Antwort fertiggestellt.

Paris, 4. August. (Eigener Drahtbericht.) Einige Morgenblätter bringen die Meldung, daß Briand sich am Montagabend eingeschlossen habe, am Mittwoch nach London zu fahren, um mit Chamberlain über die Sicherheitsfrage zu konferieren. Briand habe noch gestern Abend Chamberlain über seine Absicht informiert und man erwartet dessen Antwort für heute vormittag. Briand hat sich dabei vor allem von der Absicht leiten lassen, den seit etwa 14 Tagen zwischen den beiden Regierungen über die letzte deutsche Note geführten Meinungsaustausch zu beschleunigen. Die zuständigen Dienststellen des Dual d'Orsay sollen am Montag unter der Leitung Berthelots den Entwurf der französischen Antwort an Deutschland fertiggestellt haben, den Briand bei dieser Gelegenheit Chamberlain zu unterbreiten gedenkt. Gleichzeitig würde wahrscheinlich der vom Foreign Office ausgearbeitete Entwurf eines Sicherheitspaktes zusammen mit einem Gegenprojekt des Dual d'Orsay als Grundlage der Diskussion dienen. Für Briands Aufenthalt in London sei eine Dauer von 48 Stunden vorgesehen. Der französische Außenminister werde lediglich von einigen Beamten des Auswärtigen Ministeriums begleitet sein. Es sei wenig wahrscheinlich, daß Caillaux die Reise nach London mitmachen werde, da die Besprechungen ausschließlich dem Sicherheitsproblem dienen sollen und eine Diskussion der Schuldenfrage nicht beabsichtigt sei.

Nach einer Meldung aus belgischer Quelle soll zwischen den Kabinetten von London, Paris und Brüssel ein Gedanken-austausch über die Opportunität der Einberufung einer interalliierten Konferenz mit Zugiehung Deutschlands stattfinden. Der Konferenzgedanke werde insbesondere von der englischen und belgischen Regierung betrieben, während von französischer Seite sich gewisse Widerstände geltend machten. Die Einberufung der Konferenz sei für die zweite Hälfte des September, d. h. in unmittelbarem Anschluß an die Völkerbundtagung in Genf, vorgesehen, die Chamberlain, Briand und Vandervelde Gelegenheit zu einem mündlichen Gedanken-austausch geben werde.

Die frühere Verwaltung in Kroatien wieder eingesetzt. Die neue jugoslawische Regierung hat am Freitag beschlossen, in Kroatien und Slavonien die frühere Verwaltung wieder einzuführen, die zu Beginn der Gegenwart zwischen den Parteien Pasitsch und Raditsch außer Kraft gesetzt worden war. Die Gemeindefunktionäre, die von der alten Regierung ernannt sind, sollen aberufen und nach Möglichkeit durch die ursprünglichen Verwaltungsbeamten wieder ersetzt werden.

„Völker Europas...“

Eine erbauende Betrachtung.

In den Regen der Anlagen von Hongkong, einer Stadt von der Größe Münchens, die zu 98 Proz. von Chinesen bewohnt wird, waren bis vor wenigen Monaten Tafeln angebracht, auf denen geschrieben stand: „Hunden und Chinesen Zutritt verboten.“ Die Tafeln waren vor Jahren von den Europäern angebracht worden und erfüllten bis vor kurzer Zeit erstaunlicherweise ihren Zweck. Zwar betrat hier und da ein Hund, doch nie ein Chinese den Park.

In den Inschriften der Tafeln hat nie ein Europäer in China Anstoß genommen. Nie auch hat man gehört, daß einer der zahlreichen Missionare nach dem Lesen der Inschriften seine Tätigkeit innerhalb der europäischen Kolonie von Hongkong ausgeübt hätte...

Die jetzt in China vorerst zu einem gewissen Abschluß gekommene Gärung hat u. a. zur Folge gehabt, daß die schönen Tafeln von chinesischen Arbeitern und Studenten entfernt und vernichtet wurden. Damit ist das moderne China um ein beachtenswertes europäisches Kulturdokument ärmer geworden.

Aber die Europäer haben im chinesischen Herzen sich noch manch anderes Denkmal gesetzt. Dadurch z. B., daß sie in Kanton als Industrie- und Transportarbeiter hauptsächlich Kinder unter 14 Jahren beschäftigten, oder dadurch, daß sie in Macao die Benutzung der öffentlichen Ruhebänke und des großen Schwimmbades den Chinesen verboten...

Es ist ganz selbstverständlich, daß dank aller dieser Wohltaten das chinesische Volk nie auf den Gedanken gekommen wäre, seine Lage verbessern zu wollen. Die Unruhen in China sind daher, wie die europäischen Zeitungen mit Recht bemerken, auf die Bolschewisten, auf Agitatoren, Flugblätter und rollende Rubel zurückzuführen.

Genau so, wie die deutsche Revolution nicht etwa aus den herrlichen Zeiten, denen uns Wilhelm II. und Ludendorff entgegenführten, sondern aus der sozialistischen und pazifistischen Sabotage entstanden ist...

„Völker Europas, wähet eure heiligsten Güter!“

Wertwändig nur, daß ein so guter Christ und Chinese wie der General Feng den Segnungen der europäischen Kultur zu mißtrauen beginnt. Das Bekenntnis zu den christlichen Idealen, meint er, tut es nicht; wichtiger als sich Christ zu nennen, sei es, anständig zu sein. Und so empfiehlt der General den Missionaren, sich etwa ein paar Jahre um die christlichen Europäer zu kümmern.

Wie bedauerlich, daß der General die christlichen Lehren nicht europäisch auszulagen versteht! R. R.

Die schöne Melusine.

Das Lustspiel „Die schöne Melusine“, mit dem das Kleine Theater diesmal aufwartet, wird seinem Erzeuger Rudolf Lothar nicht allzu viel Anerkennung kosten haben. Warum auch? Es geht ja auch so, und jeder Einfall, den der Autor hier nicht verwendet, ist schon wieder eine Reserve für ein zukünftiges Bühnenwerk. Fernwirkungen sind daher nur soweit vorhanden, wie dies zum Gange der Handlung unbedingt nötig ist. Für genug, wie gesagt, nach Rudolf Lothars Ansicht ein Minimum. Sein Bühnenwerk Peter Wolff ist ja so dumm, er meißt so nicht in den drei Monaten, in denen die schöne Anna-Elsie ihm (hinter einem Wandschirm natürlich) Modell steht für den Melusinenbrunnen, was die Zuschauer bereits vor Ablauf der ersten Viertelstunde wissen. Daß er nämlich nicht Briefträger Bräutchen, sondern das millionenschwere Marbach-Töchterlein vor sich hat, die dem Junggeleiteten-Geschworenen, Liebhaber-Behafteten partout heiraten will. Er also meißt es nicht, hat keine Ahnung davon, ist wie geschlagen, als er die furchtbare Tatsache erfährt, daß Pflüschkes Anna in Wahrheit (sie hat einen Fischschwanz), sagt Anna-Elsie, und darum entleitet sie immer“ Elsie Marbach ist und Geld, Geld, Geld hat. Und nachdem er bereits beschloßen hatte, Anna Pflüschke zu heiraten, dreht er jetzt — o wie schände — dieser selben Elsie Marbach den Rücken. Im zweiten Akt, weil sonst kein dritter möglich wäre, in dem die beiden sich natürlich doch als Brautpaar in die Arme fallen.

Rudolf Lothar hat Routine. Die Mängel seines Lustspiels verhüllt er mit geschickten Dialogen. Klipp-Klapp, Klipp-Klapp geht es durch alle drei Akte. Das ist schon was wert, zumal wenn die Schauspieler die Worte richtig zu handhaben wissen. Daran fehlte es gestern Abend nicht. Die Anna-Elsie der Anna Rewes war famos. Wirklich beinahe „ein halber Junge“, wie sie von sich sagte. Wenn sie mit dem Peter Wolff oder der festen Olga, seiner Geliebten, die sie so im Handumdrehen vor die Tür setzt, diskutiert, dann glaubt man ihr manches, was man dem Verfasser nicht glauben. Auch Olga, dieses nicht bössartige und auch eigentlich nicht schlechte, nur irgendwas aus dem Sumpf emporgeschossene Halbweibchen, wurde von Grete Scherz ausgezeichnet gespielt. Und dann Schröder-Schrom als Bühnenarbeiter! „Wo ist der Radiergummi?“ schreit er. „Radiergummi, Radiergummi“, singt, pfeift, brummt er, während er auf der Jagd nach dem Ausreißer das Unterste zu oberst kehrt. Dabei bleibt er weit ab von jeder Parodie, sucht so, wie das jeder nicht ganz korrekte Mensch bisweilen tut, wenn er die Tüde des Objektes zu fühlen bekommt. Rudolf Raß als der reiche Marbach und Hans Sanden, der auch die Regie führte, als Pflüschke, waren ebenfalls recht gut. — Rein reicher, aber ein ganz amüsanter Abend. —

Amerikanische Ehescheidungen. Nach den Angaben des statistischen Bureaus der Vereinigten Staaten wurden im Jahre 1923 in Amerika über 165 000 Ehen geschieden; das bedeutet eine Ehescheidung auf je 7,5 Ehen. Im Jahre 1905 waren nur 68 000 Ehescheidungen ausgesprochen worden, so daß im Laufe von achtzehn Jahren die Zahl der Ehescheidungen um mehr als 140 Proz. gestiegen ist, während die Bevölkerung nur um rund 30 Proz. zugenommen hat. Die Zahl der Ehescheidungen wächst zurzeit vier oder fünf mal so rasch

wie die Bevölkerungsziffer und das Ende ist noch nicht abzusehen. Dabei haben viele Einzelstaaten die Union für sich einen noch höheren Ehescheidungsprozentsatz als die Vereinigten Staaten im ganzen. In der Schweiz, wo eine Ehescheidung ebenso leicht zu erreichen ist wie in den Vereinigten Staaten, trifft erst auf jede sechzehnte Ehe eine Scheidung. In anderen Ländern ist die Verhältniszahl noch geringer; in Frankreich eine Scheidung auf 21 Ehen, in Dänemark 1 zu 22, in Deutschland 1 zu 24, in Norwegen 1 zu 30, in Schweden 1 zu 33, in Großbritannien 1 zu 96, in Kanada sogar 1 zu 161. — Die immer mehr überhandnehmende Mode der reichen Amerikaner, ihre Ehen in Paris scheiden zu lassen, hat dem Pariser Rechtsanwalt und Ehescheidungs-Spezialisten M. Adrian de Rachmann eine große Praxis eingetragen; er, der es wissen muß, hat sich kürzlich einem Vertreter der „New York Evening Post“ gegenüber recht abfällig über seine Klienten ausgesprochen: „Unglaublich ist die Leichtgläubigkeit, mit der die Amerikaner eine Ehe schließen und wieder aufgeben. Unter Leichtgläubigkeit verstehe ich den offensichtlichen Mangel an Bedauern. Ich habe niemals einen amerikanischen Klienten, Mann oder Frau, zusammenbrechen sehen; selten daß einer einmal ein wenig traurig aussehlt. Und nachdem sie die erforderlichen Schriftstücke unterzeichnet haben, eilen sie fröhlich davon — vermutlich zum Schneider, zur Putzmacherin, zu den Rabaretts vom Montmartre, zu den tausend Zerstreungen, die Paris einem „gebrochenen“ Herzen bietet.“

Das größte Fernrohr der Welt. Auf dem Mont Salève in Ober-Savoie wird jetzt die größte Sternwarte der Welt erbaut. Es ist das großartige Geschenk eines indischen Millionärs Assan Dina und seiner Frau, einer reichen Amerikanerin, an das französische Volk. Die Sternwarte, deren Errichtung die Summe von 25 Millionen Mark kosten wird, ist mit dem größten Fernrohr der Welt ausgerüstet, das 105 Zoll im Durchmesser hat, und erhält außerdem eine ganze Anzahl modernster Fernrohre von 60 und 80 Zoll. Dina, der selbst Ingenieur und Gelehrter ist, hat den Mont Salève für die neue Sternwarte ausgewählt, obgleich dieser Berg verhältnismäßig niedrig, nur 1500 Meter hoch ist. Aber die isolierte Stellung des Gipfels, der die Stadt Genf überragt, und die vorzüglichen atmosphärischen Bedingungen lassen die Lage als besonders günstig erscheinen. Eine große Funfstation wird ebenfalls hier eingerichtet, um Wetterberichte über die ganze Welt zu verbreiten.

„Ueber-Radium.“ Das Radium, ein neu entdeckter Stoff, übertrifft das gewöhnliche Radium bei weitem an Wirksamkeit und ist auch sehr viel teurer. Wie in einem englischen Fachblatt mitgeteilt wird, kostet die Unze Radium 1 Million Pfund, und es ist daher die teuerste Substanz der Welt. Trotzdem wird durch seine Anwendung die Behandlung des Krebses verbilligt, denn das Radium ist eine gasartige Emanation des Radiums, die 100 000 mal so wirksam ist wie das Radium. Dagegen verliert es seine Kraft sehr viel schneller als Radium, denn die Hälfte seiner Wirksamkeit ist schon innerhalb von vier Tagen erschöpft, während das Radium die Hälfte seines Gewichts 1700 Jahre lang behält.

Corinth-Ausstellung in der Nationalgalerie. Die Gedächtnisausstellung für König Corinthis wird im Januar, Februar und März des kommenden Jahres in der Nationalgalerie stattfinden. Die Galerie wird dazu alle bisher noch wenig bekannten Gemälde des Königs heranziehen, namentlich solche, die auf der letzten Corinthis-Ausstellung der Nationalgalerie vor zwei Jahren nicht gezeigt worden sind.

Bettelgelder für die Tabakarbeiter.

Die Biersteuererhöhung beschlossen.

Präsident Böbe teilt bei der Eröffnung der Sitzung mit, daß Vg. Dr. David (Soz.) während einer Fraktionsführung einen Antrag erlassen habe. Der Präsident knüpft an die Mitteilung den Wunsch, daß der Anfall keine ernstlichen Folgen haben möge.

Bei der Fortsetzung der zweiten Beratung der Tabaksteuer spricht

Vg. Schäfer (Soz.):

Die Zollerhöhung von 85 auf 130 Mk. ist während des Krieges eingeführt worden. In der Nationalversammlung in Weimar war der Zoll von 130 Mark schon vorhanden. Wir haben damals in Weimar mit dem Zentrum zusammen eine sozial stark gestaffelte Bändersteuer beschlossen. Erst 20 Pf. Zigaretten waren mit einem Zoll von 20 Proz. belegt. Im Jahre 1923 ist dann auf eine Verfügung des Finanzministeriums diese soziale Staffelung aufgehoben worden. (Hört! hört! bei den Soz.) Wir sind gern bereit, das, was in Weimar durchgeführt wurde, wieder einzuführen, d. h. eine soziale Staffelung der Bändersteuer. (Bravo! bei den Soz.)

Dieses Gesetz, bei dem es sich um das Wohl vieler Tausender von Arbeitern und Angestellten handelt, ist so schlecht vorbereitet worden, daß man bis zum letzten Augenblick immer wieder neue Veränderungen bringt. Trotzdem alle Sachverständigen, trotzdem besonders der Reichswirtschaftsrat vor einer neuen Belastung des Tabakgewerbes gewarnt hat, will die Regierung unter allen Umständen auf ihrem Standpunkt verharrten. Kgl. Orensterna, der schwedische Staatsmann, würde, wenn er heute lebte, sein bekanntes Wort dahin abändern müssen:

Man glaubt nicht, mit wie wenig Weisheit im Deutschen Reichstag Steuererhöhungen gemacht werden. (Sehr wahr! links.)

Das Gutachten des Reichswirtschaftsrats sagt ausdrücklich, daß eine Umstellung der Arbeiter bei einer jetzt zu beabsichtigenden neuen Verschlechterung des Tabakgewerbes in einen anderen Beruf zu meist ausgeschlossen ist. Trotz aller Warnungen will man größere Summen aus dem Tabak herausziehen. Aber die neue Verteuerung wird nicht das bringen, was die Regierung erwartet. Selbst der Abgeordnete Hugo von der Deutschen Volkspartei hat sich in scharfen Kritiken gegen die neue Besteuerung gewandt. Während der Beratungen der Vorlage hat sich Herr Hugo allerdings nicht äußern lassen. (Von rechts wird zugerufen: Er ist schwer krank.) Ja, man sagt, er hätte die Selbstmord über die Haltung seiner eigenen Partei bekommen. (Sehr richtig! links.) Man behauptet, daß die Interessen der Tabakbauern gewahrt werden sollen, in Wirklichkeit wird sie aber die neue Belastung nur schädigen. Der Redner weist auf die bisherigen Anträge und Beschlüsse der Regierungsparteien nach, wie widersprüchlich ihre Haltung ist. Erst will man die Ertragskraft der Arbeiter ruinieren, und wenn man sie ruiniert hat, sollen sie eine Erwerbslosenunterstützung bekommen, damit sie sich wenigstens ein Stückchen Brot kaufen können. In anderen Fällen ist man nicht so vorgegangen. So soll der Ertrag der Einkommensteuer zu einem Drittel dazu verwendet werden, um die Not der Arbeiter zu beseitigen.

Aus dem Ertrag der Tabaksteuer wird aber für die Ärmsten und Armen kein Pfennig hergegeben. (Hört, hört!) Wir haben im Westen viele Gemeinden, die bis zur Hälfte aus Tabakarbeitern bestehen und die gar nicht imstande sein werden, die Kosten für die Erwerbslosenunterstützungen aufzubringen. Während man den Tabakarbeitern gegenüber feindselig ist, ist man um so freigebiger gegenüber den Weinbauern und den Tabakfabrikanten. Das Reichsfinanzministerium hat angeordnet, daß die Nachverzoollung vorhandener Väter von Rohstoffen vorgenommen werden kann; bei den Tabakbauern soll überhaupt keine Nachverzoollung vorgenommen werden. Damit wird diesen Kreisen eine Liebesgabe von 15 Millionen Mark in den Schoß geworfen. Heute schon sind kapitalistische Leute dabei, um große Tabaklager aufzukaufen. Die Regierung behauptet, daß eine Nachprüfung schwer möglich sei; wir sagen, daß sich die Kontrolle der Tabaklager sehr leicht durchführen lassen. Wir verlangen deshalb die Unterstützung der betroffenen Arbeiter, weil sehr viele von ihnen bereits ausgesteuert sind. Der Widerstand gegen unsere Forderung geht vor allem vom Arbeitsministerium aus, das sich immer mehr als der böse Geist der Arbeitererschaft erweist. Im Jahre 1919 war das Zentrum unter Erzberger bereit, eine Unterstützung für die notleidenden Arbeiter zu geben. Heute hat sich die Stellung des Zentrums gewandelt. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Vg. Schneider (Dem.) begründet einen Antrag, wonach die durch die Tabaksteuererhöhung vorübergehend oder auf längere Zeit erwerbslos werdenden Arbeitnehmer und Hausgewerbetreibenden des Tabakgewerbes den doppelten Betrag der Erwerbslosenunterstützung erhalten sollen.

Inzwischen ist ein Antrag von den Regierungsparteien eingegangen, wonach die durch die Steuererhöhung eingetretene Arbeitslosigkeit in jedem Falle als Kriegsfolge im Sinne der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge behandelt werden soll. Die durch Kurzarbeit Geschädigten sollen Kurzarbeiterunterstützung erhalten, die täglich mindestens ein Sechstel der Vollunterstützung für Erwerbslose betragen soll. Die Unterstützungsdauer soll auf ein Jahr verlängert werden. Den durch diese Unterstützungen besonders belasteten Gemeinden werden Reichszuschüsse gewährt.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hält den Antrag Schneider für unannehmbar und empfiehlt den Antrag der Regierungsparteien. Raum war dieser Antrag verteilt, so erschien ein neuer Änderungsantrag der Regierungsparteien, der dem Absatz 2 ihres eigenen Antrages folgende Fassung geben will:

„Hausgewerbetreibende, Angestellte und Arbeiter, die infolge dieses Gesetzes durch Kurzarbeit geschädigt werden, erhalten Kurzarbeiterunterstützung aus Mitteln der Wohlfahrtspflege, wenn die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit um mindestens ein Sechstel gekürzt ist. Die Kurzarbeiterunterstützung beträgt in diesen Fällen für jeden Arbeitstag ein Sechstel der Vollunterstützung der Erwerbslosenunterstützung.“

Der Antrag der Regierungsparteien wurde von dem Zentrumsabgeordneten Dr. Brüning begründet. In der weiteren Debatte verlangten unsere Genossen Simon-Schwaben und Schäfer noch einmal sehr eindringlich, daß man die Unterstützung nach sozialen Gesichtspunkten beschließen solle.

Der Reichstag trat dann in die Abstimmungen über die Vorlage ein. Eine Anzahl davon ist namentlich.

Der kommunistische Antrag auf vollständige Aufhebung aller Biersteuern wird abgelehnt.

Der Antrag der Döllischen, der die Biersteuererhöhung ablehnt, wird in namentlicher Abstimmung mit 227 gegen 161 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Die Einkommensteuer wird nach dem Antrag der Regierungsparteien, der darauf angenommen wird, vom 1. April 1926 ab um rund 33% Proz. erhöht.

Kursabschläge am Aktienmarkt.

Die Baissepartei behält an der Börse wieder die Oberhand. Man rechnet in Börsenkreisen mit einer grundlegenden Aenderung der schwachen Tendenz erst etwa für den Herbst. So blieb die Besserung der Lage am Maschinen- und Metallmarkt, die in gewissem Umfang zu beobachten ist, wirkungslos, ebenso geben Kalkulationen gleichfalls nach. Die Kursabschläge an den Aktienmärkten waren gleich zu Beginn des Verkehrs schärfer als sonst. An den führenden Spekulationsmärkten wurden unter diesen Verhältnissen wiederum neue Tiefstufen erreicht. Am Börsengetriebe besteht unverändert Nachfrage für tägliches Geld, das 10-11% Proz. kostet, Monatsgeld nominell 10%-11%. Das internationale Devisengeschäft entbehrt jeglicher Anregungen, so daß es zu nennenswerten Kurschwankungen in den Vormittagsstunden nicht kam. Die Reichsmark wird aus London mit 20,40%, Amsterdam mit 59,22, Paris mit 5,02 gemeldet.

Nicht reden, sondern handeln.

Was geschieht, um die Fleischpreise zu senken?

Die Erörterung in den verschiedenen Ausschüssen über die Ursachen der Fleischteuerung haben deswegen nur sehr bedingten Wert, weil in diesen Ausschüssen die Sachverständigen zugleich die Interessenten sind. Daß man aus ihren Darlegungen kein objektives Bild über die Ursachen der Fleischteuerung gewinnen kann, bedarf weiter keines Beweises. Was soll es für einen Zweck haben, wenn die Preisprüfungskommissionen für ihre nächste Sitzung eine Kalkulation der Interessenten einfordern. Diese Kalkulationen werden selbstverständlich so ausgemacht werden, daß diejenige Gruppe, die sie aufmacht, gerechtfertigt dasteht in bezug auf die Preisermessung, und eine Nachprüfung ist bei derartigen Kalkulationen eine sehr schwierige Sache. Alle diese Erörterungen ändern nichts an der Tatsache, daß die Preispanne zwischen Lebendvieh und Fleisch bis zu 200 Proz. beträgt. Es gibt hier, wie auch wir schon dargelegt haben, nur ein Mittel, und das ist die Selbsthilfe, indem der Konsument Gefrierfleisch kauft. Dabei müssen, wenn es eben nicht anders geht, die Ladenschlichter ausgeschaltet werden, die heute schon einen großen Teil des Gefrierfleischs, das sie im Laden verkaufen sollen, zu Wurst verarbeiten, aber nicht etwa diese Wurst billiger verkaufen als die aus Frischfleisch hergestellte, sondern die Preise für diese Wurst so berechnen, als ob sie Frischfleisch dazu verwendet hätten. Es muß den städtischen Behörden möglich sein, auf schnellstem Wege eigene Verkaufsstellen zur Abgabe von Gefrierfleisch an das Publikum einzurichten. In der Uebergangszeit können die Konsumvereine und andere gemeinnützige Verkaufseinrichtungen für die Abgabe des Gefrierfleischs an das Publikum verwandt werden. Diese Stellen werden das Fleisch auch gerne an Nichtmitglieder abgeben, da ja eine derartige Verkaufstätigkeit nicht nur allgemeinen Interessen dient, sondern auch eine erhebliche Werbekraft in sich birgt.

Es ist wirklich genug über die Fleischteuerung geredet worden. Die Hauptsache ist, daß tatsächlich etwas geschieht. Die Erörterungen über die Ursachen können nebenher doch weiter gehen. Der Hausfrau allerdings sind diese Erörterungen vollkommen gleichgültig. Die Hausfrau weiß, daß sie unbedürftig darum, wer die Schuld an der Preissteigerung trägt, immer weiter die hohen Preise zahlen muß.

Eine Liebestragödie!

Zwei Achtehnjährige erschossen aufgefunden.

Heute früh fanden Arbeiter, die bei dem Bau der Nord-Süd-Bahn am Urbanufer beschäftigt sind, auf dem Bauplatz einen jungen Mann und ein junges Mädchen tot daliegen. Die herbeigerufene Polizei des 111. Reviers konnte feststellen, daß beide gemeinsam in den Tod gegangen sind. Auf dem abschüssigen Gelände sind Freibahnsehnen zum Betrieb von Loren angelegt. Der ganze Platz ist umzäunt und teilweise überdacht. Hierher hatten sich die jungen Leute zurückgezogen, um ihrem Leben ein Ende zu machen. Es ist anzunehmen, daß der junge Mann zuerst dem Mädchen mit einem Revolver einen Schuß in die linke Kopfseite beibrachte, der sofort tödlich war. Danach muß er sich selbst eine Kugel in die rechte Schläfe geschossen haben. Die Waffe lag auf dem rechten Bein des Mannes. Die Gründe, die die beiden veranlaßt haben, aus dem Leben zu gehen, sind noch nicht geklärt. Eine Frau, die im Hause Planufer 79 wohnt und deren Schlafzimmernach der Straße zu liegt, gab an, daß sie um 3 1/2 Uhr morgens zwei Schüsse gehört habe. Da gerade der Teil, in dem die Leichen gefunden wurden, überdacht ist, so konnte die Frau von ihrem Fenster aus nichts Genaueres wahrnehmen. Inzwischen ist es gelungen, die Persönlichkeit der Toten festzustellen. Es sind der 18 Jahre alte Arbeiter Rudolf Palm aus der Wilmersdorfer Str. 22 und die gleichaltrige Arbeiterin Hertha Drems aus der Adlerstr. 105. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Gefälschte Postanweisungen.

Die Post als Opfer raffinierter Betrügereien.

Ein raffiniertes Betrugsmanöver wurde gegen die Postbehörde in einem Fall mit Erfolg ausgeführt. Ein ungetreuer Beamter, der Postschaffner Paul Pieggers hatte sich mit einem ehemaligen Zuchthäuser, Otto Wille, der schon 18mal vorbestraft ist, zusammengetan. Beide verlegten sich auf die Fabrikation von falschen Postanweisungen und hatten sich jetzt mit vier weiteren Angeklagten vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten.

Zuerst hatte man sich Deoadressen verschafft, an die Postanweisungen gerichtet werden sollten. Dann entwendete Pieggers zwei Postanweisungen, die aus Hamburg und Lübeck beim Postamt angekommen waren, aber nur als Vorlagemuster dienten. Mit einem gewissen Fischer zusammen wurden sechs Postanweisungen im Gesamtbetrag von 12600 M. nachgemacht und von Pieggers in das Postamt auf gefälschte Weise eingeschmuggelt. Der Betrag gelang und das Geld kam zur Auszahlung. Es war auch nicht möglich, den Urheber zu entdecken. Zehn Monate später, als ihnen das Geld wieder knapp wurde, beschloßen Wille und Pieggers von neuem, die damals so gelungene Sache zu wiederholen. Diesmal diente die Postanweisung aus Lübeck als Vorlagemuster und es sollten gleich 15 Postanweisungen untergebracht werden. Auf der Suche nach Deoadressen hatten sich die Betrüger auch an einen Zigarrenhändler in der Mörkersstraße gewendet, der gegen entsprechende Gewinnbeteiligung ebenfalls eine Postanweisung in Empfang nehmen sollte. Der Zigarrenhändler benachrichtigte die Postverwaltung. Daraufhin wurde ein erfahrener Postbeamter in die Uniform eines Geldbriefträgers gekleidet und trat so den Bestellungen an. In dem Augenblick, als die Postanweisung von dem falschen Geldbriefträger ausgezahlt werden sollte, traten Kriminalbeamte in die Erscheinung und nahmen die Beteiligten fest. Das Schöffengericht Mitte verurteilte den Postschaffner Pieggers zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, 700 M. Geldstrafe und drei Jahren Ehrverlust bei sofortiger Verhaftung. Otto Wille und ein gleichfalls Angeklagter Fritz Reinhold erhielten 1 Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Von vier weiteren Angeklagten wurde einer namens Seifert zu 6 Monaten Gefängnis, die Mitangeklagten Gerdes und Hentel, als Empfänger der Postanweisungen, zu je 3 Monaten Gefängnis unter Jubelung der Bewährungsfrist gegen 200 Mark Buße verurteilt. Gustav Wille wurde mangels Beweises freigesprochen.

Die Hermsdorfer Postbetrugsaffäre.

Zu den großen Betrügereien, durch die das Postamt Hermsdorf um fast 46000 Mark betrogen wurde, erfahren wir nachträglich, daß die beiden Postbeamten, der 55 Jahre alte Postmeister Georg Bariel und der 35 Jahre alte Postinspektor Richard Nagel, am vergangenen Sonnabend von der Kriminalpolizei verhaftet wurden. Wie wir seinerzeit berichteten, hatte der in Hermsdorf wohnende Schriftsteller „Professor Dr. Knaut“ durch gefälschte Nachschichten es verstanden, auf sein Postfachkonto immer größere Summen zu erhalten. Dies war nur möglich, weil Bariel und Nagel seinen prohalberischen Erzählungen glaubten und ihn für einen vertrauenswürdigen Mann hielten. Diese ungewöhnliche Leichtgläubigkeit machte die Kriminalpolizei von Anfang an stutzig, und die weiteren Ermittlungen ergaben, daß die beiden Beamten tatsächlich zum Teil in die Schwindelmanöver Knauts eingeweiht waren. Die beiden Verhafteten wurden von dem Untersuchungsrichter weiter in Gewahrsam gehalten.

Rückkehr der Ferienkinder aus Ost- und Westpreußen und Heckerly. Die das Bezirksamt Spandau mitteilt, erfolgt der Rücktransport der Ferienkinder aus Ost- und Westpreußen am 7. August 1925. Ankunft in Charlottenburg am 8. August um 11 Uhr 42 Minuten

mittags. Alle Eltern, die beabsichtigen, ihre Kinder diesem Transport anzuschließen, werden ersucht, sich bis 31. Juli 1925 im Jugendamt, Zimmer Nr. 116, zu melden. — Die Rückkehr der Kinder aus Heckerly erfolgt am Donnerstag, den 30. Juli 1925, nachmittags 1,15 Uhr in Berlin auf dem Steintiner Bahnhof. Die Eltern werden gebeten, die Kinder von dort abzuholen.

Protestierende Aufwertungsgläubiger.

Der Reichsbankgläubigerverband hatte zu gestern Abend eine Protestversammlung nach dem Konzerthaus Clou in der Mauerstraße einberufen. Bis auf den letzten Platz war der Saal gefüllt. Der Reichsbankgläubigerverband will bekanntlich den von der Reichsbank ausgegebenen Vorkriegs- und Kriegsnote die Anerkennung der Goldwertigkeit verschaffen. Er hatte einen Prozeß gegen die Reichsbank angestrengt, der in erster Instanz die Abweisung zur Folge hatte. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden und es steht Termin vor dem Kammergericht am 24. Oktober an. In seinen Darlegungen erklärte der Referent, daß die Inhaber der Noten ja gar nicht verlangen, daß ihre Ansprüche sofort bar abgefordert werden. Es genüge ihnen, wenn die Reichsbank ihre Schuld anerkenne. Es sei möglich, entweder die alten Reichsbanknoten in Kurs zu setzen anstelle des noch nicht ausgegebenen Markkontingents oder man könne auch durch Herabsetzung des Wertes auf 50 Proz. und entsprechendem Umtausch in Aktien die Ansprüche abgeben. Von dem Reichstag und dem Reichspräsidenten haben die Sparer nichts zu erwarten. Eine Resolution, in der die Liquidation der Reichsbank, die Stellung des Reichsbankpräsidenten vor den Staatsgerichtshof, die Anklage gegen das Reichsbankdirektorium wegen Betruges, die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses und ähnliches gefordert wurde, fand einstimmige Annahme. Bielefache zustimmende Entrüstungsurufe begleiteten die Ausführungen des Referenten. Als bei Nennung von Namen antisemitische Juris gemacht wurden erklärte der Referent: wir wollen uns von derartigen antisemitischen Hejereien fernhalten. Für uns ist es gleichgültig, ob der Schuldner ein Jude oder ein Christ ist.

Amlich wird mitgeteilt: Das Aufwertungsgesetz enthält keine Bestimmungen darüber, wann die gemäß § 28 geschuldeten Zinsen zu zahlen sind, überläßt diese Frage vielmehr den zwischen den Beteiligten getroffenen vertraglichen Abreden. Die Zinsen sind in denselben Zeitabschnitten (halb- oder ganzjährig, vor- oder nachträglich) zu zahlen, wie dies das zwischen den Beteiligten bestehende Schuldverhältnis vorseht. Zinsen, die jedoch bereits vor dem 1. August d. J. fällig gemorden sind, brauchen nicht vor dem 1. August entrichtet zu werden (Artikel III des Gesetzes vom 28. Juni 1925, Reichsgesetzblatt I S. 92). Zu zahlen sind für das erste Halbjahr 1925 1,2 Proz. Zinsen, und zwar von dem Aufwertungsbeitrag von 25 Proz. Dieser Aufwertungsbeitrag ist auch dann zu Grunde zu legen, wenn der Gläubiger mit Rücksicht auf § 10 des Gesetzes glaubt, eine höhere Aufwertung verlangen zu können, oder wenn der Schuldner auf Grund des § 8 eine Herabsetzung der Aufwertung beantragt, solange nicht die Aufwertungsstelle einen anderen Satz als 25 Proz. festgesetzt hat.

Die geleimte Hofgesellschaft.

Das Hochstaplergenie „Sigi“ Goldfaden.

In dem Hochstaplerprozeß gegen den früheren Prag-Wiener Rennstallbesitzer Sigmund Goldfaden fand heute früh von neuem eine kurze Sitzung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte statt. Goldfaden wurde dem Gericht aus der Haft vorgeführt. Nach einer kurzen prozessualen Feststellung wurde dann die Verhandlung jedoch von Landgerichtsdirektor Dr. Schulze auf Donnerstag vertagt.

Wie nachzutragen ist, wirkte es geradezu grotesk, als ein ehemaliger Kammerherr erzählte, daß Goldfaden auf die Hofgesellschaft einen derartig sensationellen Eindruck gemacht habe, daß man ihm die in die Hunderttausende an Wert gehenden Brillanten und Perlenketten, sowie kostbare Gobelins geradezu ausdrängte und ins Hotel schaffte. In keuschlicher Weise tat Goldfaden so, als ob er den Reuten die Wertfachen aus reiner Menschenfreundlichkeit abnehme, die ihm dann auch ohne jede Sicherheit abgelassen wurden. In derselben Weise äußerten sich die ganze Gesellschaft der Grafen und Gräfinnen, Barone, Kammerherren und Hofdamen. Ueber die Verschwendungssucht Goldfadens wurde der Inhaber einer großen Berliner Schneiderfirma vernommen. Goldfaden hatte sich dort seine Garderobe anfertigen lassen. Kurz vor seiner Verhaftung hatte er sich noch ein ganzes Lager von seidnen Oberhemden in allen Farben als Zuwochs zu den bereits vorhandenen 300 Oberhemden derselben Qualität anfertigen lassen. Der Schluß des Prozesses wird sich jetzt nur noch um die Frage der Zurechnungsfähigkeit Goldfadens drehen. „Sigi“ war seinerzeit auf Antrag seines Verteidigers in Herzberge auf seinen Geisteszustand untersucht worden und Oberarzt Dr. Raruse war zu dem Ergebnis gekommen, daß Goldfaden, wenn auch äußerlich keinerlei Anzeichen vorhanden seien, nach dem Rückenmarksbefund geisteskrank sein müsse. Der in der letzten Sitzung vernommene Gegenstandsverständige, Professor Dr. Seelert von der Charité, kam aber zu einem entgegengelegten Ergebnis und hatte die Schlussfolgerungen des Herzberger Arztes für wissenschaftlich falsch erklärt. Am Donnerstag wird Oberarzt Dr. Raruse gehört werden und es soll ihm dann, da Professor Dr. Seelert inzwischen auf Urlaub gegangen ist, als Oberärztlicher Professor Dr. Bonhöffer, der leitende Arzt der Psychiatrischen Abteilung der Charité, gegenübergestellt werden.

Das Urteil wird nach Anhörung der Sachverständigen und des Verteidigers an diesem Tage über den Hochstapler gefällt werden.

Bei den Segelfliegern auf der Rhön.

Wasserkuppe, 3. August. Der Rhön-Segelflug-Wettbewerb hat planmäßig begonnen. Von Schülern der Flugschule Martens wurden auf dem Schulleinbender Typ „Pegasus“ 3 kürzere Flüge ausgeführt. Nachmittags flog Sella, Diegnitz, 7 Min. 13 Sek. Der Flug mußte wegen einsetzenden Regels abgebrochen werden. Am 1. August startete Bedall, Würzburg, nach einem Probeflug auf Martens bekanntem „Stroh“. Wieder kürzte er nach kurzem Flug infolge Flügelbruchs am Pterostopf ab und erlitt eine schwere Verletzung. Am späten Nachmittag startete Sella erneut. Von den teilnehmenden Flugzeugen sind außer den auf der Wasserkuppe stationierten Flugzeugen von Martens und Regel eingetroffen: Espenlaub mit 4 Maschinen; Sella, Diegnitz, Modell- und Segelflugverein Fulda, mit 3 Maschinen; die Wuppertaler Gruppe mit „Roemrnte Berge“; die Danziger Gruppe mit zwei Flugzeugen; der Flugtechnische Verein Hanau mit einer Maschine. Außerdem ist der „Rote Kuckuk“ von Hirth, Stuttgart, sowie das Schullflugzeug des Bergischen Vereins für Luftfahrt anwesend. Die Bamberger, Darmstädter und Ruffischen Flugzeuge treffen in den nächsten Tagen ein.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

3. Abt. Mittwoch, den 5. August ab nachm. 5 Uhr holen die Bezirksleiter die Flugblätter ab von Krüger, Engelstein 25
108. Abt. Spandau: Die angelegte Mitgliederversammlung findet Mittwoch, den 5. August statt (nicht heute Dienstag).

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Firma Kaufhaus Wilhelm Söppel, Berlin-Schöneberg, veranstaltet einen „Räumungs-Ausverkauf wegen Umbau.“ Die letzten Geschäftsräume reichen nicht annähernd dazu aus, die großen Warenformate aufzunehmen, welche für die Beschaffung für die vergrößerten Abteilungen eingekauft sind. Es muß daher nun bedingt mit den vorhandenen Lagerbeständen gehandelt werden. Aus diesem Grunde sind die Preise für diese Waren auf das Billigste herabgesetzt. Die Verkaufsstelle befindet sich im Charlottenburger Park am 1. August.

